DEMETRA

Democratic Governance, Environmental and Climate Challenges, and Societal Transformation: Deliberation, Inclusiveness, and Citizen Empowerment for Sustainable Food Systems

Bürger:innen als Partner der Ernährungswende: Ausbau der deliberativen und partizipativen Demokratie für nachhaltige Ernährungssysteme

Policy Brief Nr. 1

Ein Bericht für Entscheidungsträger:innen aus Politik und Verwaltung sowie interessierte Personen, die sich mit Themen rund um Ernährung und Nachhaltigkeit befassen.

Die Einbindung von Bürger:innen in ernährungspolitische Entscheidungen kann dazu beitragen, Unterstützung für Transformationsprozesse zu gewinnen. Dies setzt voraus, dass auch diejenigen einbezogen werden, die bisher außen vor bleiben, ihnen echte Mitbestimmungsmöglichkeiten eingeräumt werden und dies letztlich wahrnehmbaren Einfluss auf die Entscheidungen in Verwaltung und Politik nimmt. In diesem Kurzbericht werden sechs zentrale Maßnahmen vorgestellt, mit denen dies gelingen kann – von der verständlichen Vermittlung von Ernährungsthemen an die breite Öffentlichkeit bis hin zur Einrichtung ständiger Bürgerräte, die die Politik mitgestalten.

Aktuelle Herausforderungen

Handlungsdruck der politischen Entscheidungsträger:innen. Als Reaktion auf die Klimakrise müssen Regierungen ehrgeizige Nachhaltigkeitstransformationen vorantreiben, die gleichermaßen fair und demokratisch sind und von der Bevölkerung mitgetragen werden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Ernährungssysteme: Sie sind eine der treibenden Kräfte hinter Treibhausgasemissionen, dem Verlust der Artenvielfalt und sozialen Ungleichheiten, während die gegenwärtigen Krisen – von der Corona-Pandemie bis hin zu geopolitischen Veränderungen – tiefgreifende Schwachstellen offenbart haben.

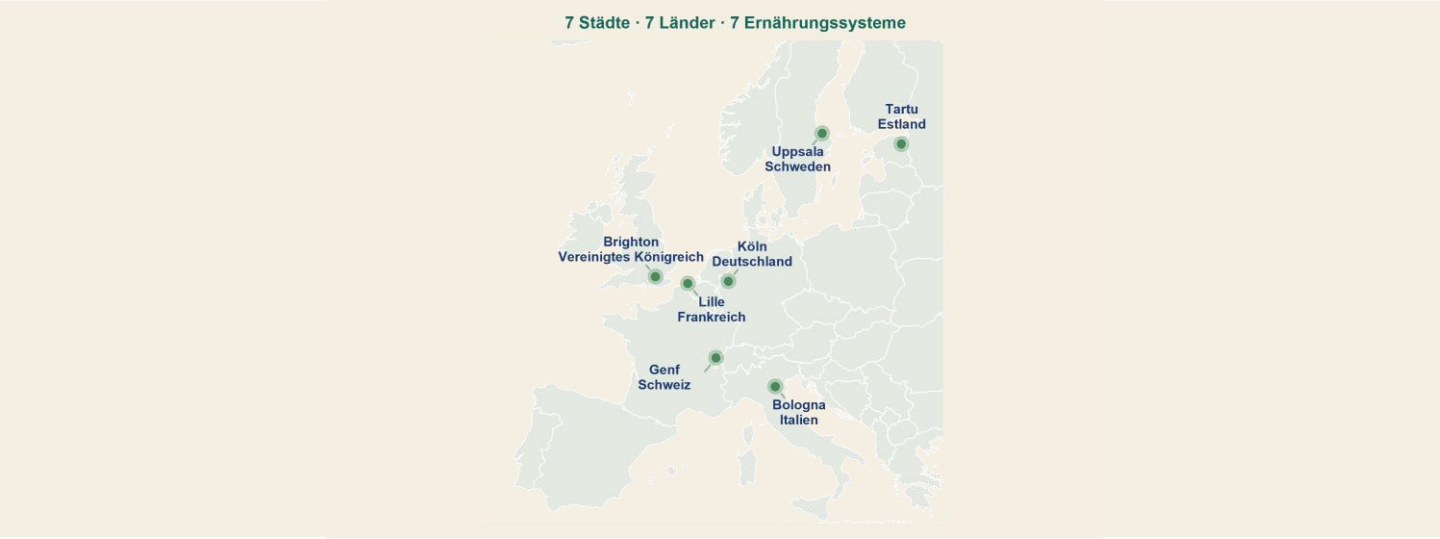
Unser Projekt DEMETRA. Wir untersuchen, wie Bürger:innen durch sogenannte „deliberative und partizipative Prozesse“ (DPPs) zu diesen Veränderungen beitragen. Dabei handelt es sich um demokratische Projekte im kleinen Maßstab, die Bürger:innen zusammenbringen, um wichtige gesellschaftliche Transformationen anzugehen. DEMETRA ist in sieben europäischen Städten in sieben Ländern tätig, die sich jeweils durch unterschiedliche Ernährungssysteme, politische Traditionen und unterschiedliche Erfahrungen mit Bürger:innen-Beteiligung auszeichnen. Die Projektstädte sind Bologna (Italien), Brighton (Großbritannien), Genf (Schweiz), Köln (Deutschland), Lille (Frankreich), Tartu (Estland) und Uppsala (Schweden).

Unsere drei zentralen Fragen

1. Inklusive Mitsprache. Wie können Bürger:innen (insbesondere aus marginalisierten oder unterrepräsentierten Gruppen) wirksam einbezogen werden?

2. Echte Teilhabe. Wie können Prozesse so gestaltet werden, dass sie zu echter Entscheidungsfindung führen und nicht nur rein symbolische Beteiligung darstellen?

3. Dauerhafte politische Wirkung. Wie können partizipative Entscheidungsprozesse in die reguläre Politikgestaltung integriert und skaliert werden, damit sie eine dauerhafte Wirkung auf lokale und regionale Ernährungssysteme haben?



Sechs Empfehlungen auf einen Blick

Auf Basis unserer Forschungsergebnisse lassen sich sechs vorrangige Maßnahmen zur Verankerung deliberativer und partizipativer Prozesse (DPPs) in der Ernährungs- und Nachhaltigkeitspolitik festlegen. Jede dieser Maßnahmen wird auf der nächsten Seite näher erläutert.

MENSCHEN ERREICHEN

1 Deliberation und Partizipation in Politikgestaltung integrieren

Deliberative und partizipative Ansätze nutzen und in einer verständlichen Sprache vermitteln.

2 Kleinproduktion und marginalisierte Gruppen schützen

DPPs mit Maßnahmen verknüpfen, die Kosten und Nutzen einer Ernährungswende gerecht aufteilen.

MEHR WIRKUNG

3 DPPs mit konkreten politischen Entscheidungen verknüpfen

Im Voraus klären, wie die Empfehlungen aus DPPs umgesetzt werden sollen.

4 Dauerhafte Infrastruktur für Deliberation und Partizipation schaffen

Aufbau einer dauerhaften Infrastruktur, die gemeinschaftsbasierte Initiativen einbindet.

NACHHALTIG WIRKEN

5 Lokale Ernährungsinitiativen langfristig unterstützen

Gemeinschaftlich organisierten Initiativen eine stabile, mehrjährige institutionelle und finanzielle Unterstützung gewähren.

6 In Monitoring investieren

Indikatoren der Bürger:innen-Beteiligung im Bereich der Nachhaltigkeit in nationale Monitoringsysteme integrieren.

Die Nummerierung entspricht den detaillierten Empfehlungen auf der folgenden Seite.

Unsere Empfehlungen im Detail

1. Deliberation und Partizipation in Politikgestaltung integrieren. Zwecks Förderung des Verständnisses und der Beteiligung der Öffentlichkeit müssen deliberative und partizipative Ansätze in bestehende öffentliche Programme integriert und diese in verständlicher Sprache und über vertraute Wege vermittelt werden.

2. Kleinproduktion und marginalisierte Gruppen schützen. DPPs mit Maßnahmen verbinden, die Kosten und Nutzen des Wandels gerecht verteilen: gezielte Unterstützung für Kleinproduzent:innen, Maßnahmen, die die Bezahlbarkeit gewährleisten und soziale Absicherung.

Foto: Magdalena Jooss / ER Köln

3. DPPs mit konkreten politischen Entscheidungen verknüpfen. Zu Beginn eines Beteiligungsprozesses ist den Teilnehmenden und der Öffentlichkeit transparent zu vermitteln, wie die Ergebnisse durch Politik und Verwaltung entgegengenommen, geprüft und beantwortet werden.

4. Dauerhafte Infrastruktur für Deliberation und Partizipation. Einrichtung und Stärkung von Initiativen wie Bürger:innen-Gremien, Ernährungsräte oder lokale Ernährungs-strategien; eine dauerhafte demokratische Infrastruktur, die gemeinschaftsbasierte Initiativen einbindet.

5. Lokale Ernährungsinitiativen langfristig unterstützen. Sie bedürfen mehr als nur projektbezogener Unterstützung. Kommunale Ernährungsorganisationen benötigen eine stabile, mehrjährige institutionelle und finanzielle Unterstützung. Als Plattformen der Bürger:innen-Beteiligung sollten sie als Partner der politischen Steuerung anerkannt werden.

6. In Monitoring investieren. Indikatoren zur Bürger:innen-Beteiligung im Bereich der Nachhaltigkeit sollten in das Eurobarometer, die Europäische Sozialerhebung und einschlägige nationale Monitoringsysteme integriert werden. Eine angemessene Erfassung unterrepräsentierter Gruppen ist dabei sicherzustellen.

Diese Maßnahmen verankern Bürger:innen-Beteiligung in der Steuerung des Ernährungssystems und stärken die Legitimität der Ernährungswende. So können Ungleichheiten adressiert und die sozial-ökologische Transformation demokratisch gestaltet werden.

Zugrundeliegende Forschungsergebnisse

Diese Empfehlungen stützen sich auf die ersten drei Forschungsschwerpunkte von DEMETRA.

Legitimität entsteht durch Inklusion. Nachhaltigkeitstransformationen benötigen Legitimität, die deliberative, partizipative Prozesse (DPPs) dadurch gewährleisten, dass sie die Bürger:innen direkt in die Politikgestaltung einbeziehen – vorausgesetzt, sie spiegeln die Interessen der Menschen wider, für die sie sprechen.

Prozessqualität ist entscheidend. Ein gut moderierter Dialog schafft Vertrauen und führt zu besseren Entscheidungen. Behörden sollten in Schulungen, Instrumente und klare Leitlinien der Beteiligung investieren und die Ergebnisse mit konkreten Folgemaßnahmen verknüpfen.

Datenlücken schließen. Nur wenige Erhebungen untersuchen die Bürger:innen-Beteiligung an Nachhaltigkeitsentscheidungen; gerade Erkenntnisse über marginalisierte Gruppen sind rar. Standardisierte Indikatoren und gezielte Forschung sind erforderlich.

Der Kontext bestimmt, was funktioniert. Strukturen der politischen Steuerung, institutionelles Vertrauen und organisatorische Kapazitäten entscheiden darüber, ob sich ein DPP etablieren lässt. Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft übernehmen i.d.R. eine zentrale Rolle in der deliberativen, partizipativen Steuerung, während kommerzielle Akteur:innen tendenziell expertengestützte Steuerungsmodelle bevorzugen.

Vielversprechende lokale Modelle. Solidarische Landwirtschaft, genossenschaftliche Lebensmittelnetzwerke und Plattformen zum Teilen von Lebensmitteln unterstützen die demokratische Steuerung von Ernährungssystemen, sofern sie langfristig politische und institutionelle Unterstützung erhalten.

Gerechtigkeitsrisiken. Ohne unterstützende Rahmenbedingungen lasten die Kosten der Ernährungswende auf Kleinproduzent:innen und einkommensschwachen Gruppe. In einer Krise schützen DPPs vor Top-down-Maßnahmen, die demokratische Normen untergraben.

DATENAUSWERTUNG

189
Studien ausgewertet

1.476
Forschungsfragen zu Nachhaltigkeit

EMPIRISCHE ERHEBUNG

100+
Interviews, 15 pro Stadt

850+
Antworten auf die Umfrage

Foto: Christoph Kirtzel/ UWH

Weitere Informationen

Dieser Bericht ist ein öffentlich zugängliches Ergebnis des DEMETRA-Projekts und stützt sich auf Forschungsergebnisse aus den Arbeitspaketen 1, 2 und 3.

IHRE ANSPRECHPARTNERIN VOR ORT

Simone Schiller-Merkens (Universität Witten/Herdecke) simone.schiller-merkens@uni-wh.de

www.uni-wh.de/demetra

INHALTLICHE BEITRÄGE

- **Ian O'Flynn** (Newcastle University) ian.oflynn@ncl.ac.uk
- **Marco Giugni** (University of Geneva) marco.giugni@unige.ch
- **Lorenzo Bosi** (Scuola Normale Superiore) lorenzo.bosi@sns.it

QUELLE

Hofer, C. (2026). *Citizens as Partners in Food System Transformation: Scaling Deliberative Democracy for Sustainable Food Systems* (DEMETRA Policy Brief No. 1). DEMETRA Project, Horizon Europe grant agreement No. 101132286. Zenodo. https://doi.org/10.5281/zenodo.22541483

LIZENZ

Veröffentlicht unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC BY 4.0). Sie dürfen diese Zusammenfassung weitergeben und bearbeiten, auch in Übersetzungen, sofern Sie den Autor und das DEMETRA-Projekt als Quelle angeben.

DEMETRA

Democratic Governance, Environmental and Climate Challenges, and Societal Transformation: Deliberation, Inclusiveness, and Citizen Empowerment for Sustainable Food Systems

Website — Social Media

Funded by the European Union, under Horizon Europe, Grant Agreement number 101132286. Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or European Commission. Neither the European Union nor the European Commission can be held responsible for them.

This work was funded by UK Research and Innovation (UKRI) under the UK government's Horizon Europe funding guarantee [grant number 10116425] and funded by the European Union.

This work has received funding from the Swiss State Secretariat for Education, Research, and Innovation (contract number 23.00524).